„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. H. Erxleben,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Voll, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.

Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.

Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 60c.

Ein ernstes Kapitel

In der letzten Nummer des „Courier" brachten wir unter der Rubrik „Aus canadischen Provinzen" einen Bericht aus Winnipeg, demzufolge der dortige Polizeichef in seinem Jahresbericht erklärte, die meisten Verbrecher seien heutzutage junge Burschen und Mädchen im Alter von 17 und 18 oder von 20 und 21 Jahren. Dazu kommen neuerdings zwei weitere Aeußerungen von berufener Stelle in Regina. Anläßlich der Aburteilung von drei Sprößlingen vor dem hiesigen Polizeigericht machte der Magistrat die Bemerkung: „Jugendliche sind die schlimmsten Verbrecher, die wir in der Gemeinde haben. Das gilt nicht nur für Regina ... Es ist höchste Zeit, sie in solchen Fällen mit dem spanischen Rohr oder dem Riemen zu behandeln." Und Chief Constable Bruton von Regina sprach sich in ähnlicher Weise aus. Nur befürwortete er noch eine Vermehrung der Polizeigewalt bei Behandlung jugendlicher Verbrechen; außerdem dürfe man die Polizei nicht beschuldigen, wenn Verbrechen gerade unter der Jugend überhandnehmen.

„Jugend und Verbrechen", fürwahr, ein ernstes Kapitel! Doch scheint es, als ob man in dieser Frage das Pferd wiederum von hinten aufzäumen wolle. Anstatt den letzten und tiefsten Ursachen für die Verwilderung und Verrohung eines Teiles der Jugendlichen nachzugehen und dort den Hebel anzusetzen, nimmt man die Sache am verkehrten Ende in Angriff. Wir sind ganz damit einverstanden, daß die Gewalt der Polizei zur Unterdrückung jugendlichen Verbrechertums gestärkt werde, daß man vielleicht auch zur Anwendung der Prügelstrafe in Fällen von groben Vergehen schreite, was weit besser wäre als die Burschen einem „Children's Shelter" usw. zu überweisen. Aber der Kernpunkt der ganzen Frage liegt in dem grundfalschen Erziehungssystem.

Solange man die Idee der religionslosen Staatsschule hochhält und damit den Einfluß der Regierungsgewalt auf die Bildung des jugendlichen Geistes und Herzens zur obersten Instanz proklamiert, kann von einer gesunden und nachhaltigen moralischen Erziehung keine Rede sein.

Man beachte wohl, was das amerikanische Bundesgericht in seiner im „Courier" mitgeteilten Entscheidung über den Schulstreit im Staate Oregon erklärte: „Das Kind ist keine bloße Kreatur des Staates; jene, welche es erziehen und sein Schicksal lenken, haben auch das Recht und die Pflicht, es für den weiteren Lebensweg vorzubereiten." Damit ist der Grundsatz „Elternrecht geht vor Staatsrecht" klar und deutlich anerkannt. Jede unvernünftige und willkürliche Einmischung in dieses Recht ist ein schwerer Verstoß gegen die natürliche Ordnung und muß infolgedessen auch zu schweren moralischen und sozialen Schäden führen, wie wir sie in der Häufigkeit der jugendlichen Verbrechen Landgreiflich vor uns sehen. Nur da wo die elterliche Autorität versagt, hat die Regierungsgewalt das Recht und die Pflicht, in die Erziehung der Kinder einzugreifen, sonst aber unter keinen Umständen.

Alle künstlichen Versuche, die Jugend wieder auf gesunde Bahnen zu bringen, müssen fehlschlagen, wenn nicht die oben angedeuteten Ideen allgemein anerkannt und in die Tat umgesetzt werden.

„Deutschland über alles" und „Rule Britannia"

Auch eine späte Erkenntnis.

Im „Toronto Star", einer englischcanadischen Zeitung, erschien kürzlich ein interessanter Artikel aus der Feder eines Mannes, der sich „Observer" nennt. Er erinnerte daran, daß der Arbeiterabgeordnete Woodsworth von Winnipeg im canadischen Parlament in Ottawa erklärte, das Singen von „Rule Britannia" gebe den Geist von „Deutschland über alles" wieder, jenes Liedes, das den Briten während des Weltkrieges so anstößig vorgekommen sei. Darauf erwiderte der canadische Minister für nationale Verteidigung, Hon. Mc Donald, der die Bemerkung des Abgeordneten für Winnipeg als „aufrührerisch" bezeichnete.

„Observer" meint dazu im „Toronto Star", er sympathisiere in gewisser Hinsicht mit beiden Rednern und müsse doch auch beiden widersprechen. Es sei der Mühe wert, darüber einmal klar nachzudenken. Für viele Canadier symbolisiere „Deutschland über alles" das heiße Verlangen nach Weltherrschaft, sowie Anmaßung und Großmannssucht, wodurch nach der Ansicht vieler die kolossale Tragödie des Weltkrieges herbeigeführt worden sei. Dann fährt der englische Artikelschreiber fort:

„Ich möchte wissen, wieviele von uns das deutsche patriotische Lied kennen, mit dem sie unangenehme Erinnerungen verknüpfen. Ich muß freimütig gestehen, daß ich es niemals gelesen habe oder es vollständig vergessen hätte, wenn ich es gelesen hätte. Als ich es dann auftrieb, war ich überrascht, da ich darin nichts finden konnte, was auch nur den leisesten Schimmer von Anmaßung oder Drohung zu zeigen schien."

Dann läßt der „Observer" des „Toronto Star" eine wirklich gute, fast wortgetreue englische Uebersetzung des Deutschlandliedes folgen, um daran folgende Bemerkung anzuknüpfen:

„Wenn diese Uebersetzung korrekt ist, dann ist anscheinend „Deutschland über alles" weit mehr frei von jedem beunruhigenden Moment für andere Völker und weit mehr frei vom Geiste des Imperialismus als „Rule Britannia". Eleanor McDougall, M.A., sagt in Nr. 16 der Kriegsblätter der Universität Oxford: „Deutschland über alles" bedeutete nicht in erster Linie die Unterjochung anderer Länder, sondern die Unterordnung der selbstsüchtigen Interessen der Einzelstaaten unter die Wohlfahrt des Reiches". ...

Wenn es schon in den Köpfen der hartgesottenen Ontario-Canadier dämmert, dann dürfen wir die begründete Hoffnung hegen, daß auch anderwärts in der Welt in nicht allzuferner Zeit die Vernunft über den Irrsinn der Kriegspsychose schließlich triumphieren wird.

„Der Rhein, Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze"

Riesenkundgebung für Befreiung der deutschen Rheinlande

Eine Riesendemonstration im Interesse der Befreiung der Rheinlande fand am 14. Juni in Berlin vor dem Reichstagsgebäude statt. Tausende und Abertausende aus allen Gauen des Reichs hatten sich zusammengefunden. Ein besonders starkes Kontingent stellte Süddeutschland. In ihren Landestrachten hatten sich die Holzhacker des Schwarzwalds mit ihren Deispitzen, ihren langschößigen und silbernen Kugelknöpfen geschmückten Röcken und ihren Lederhosen eingefunden, die drallen Schwarzwälder Mädchen in ihren bunten Röcken und blendend weißen Blusen an der Hand führend. Auch die hochstämmigen Bayern in ihrer Gebirgstracht fehlten nicht, ebensowenig die Beringer Mädchen aus Schwaben in ihren kleidsamen Hauben. Vertreten waren selbstverständlich besonders stark die Rheinlande Schleswig-Holstein, Ost- und Westpreußen hatten ihre Mannen entsandt. In voller Wichse waren die Studentenverbindungen mit ihren Fahnen aufmarschiert.

Flugzeuge kreisten über der ungeheuren Menschenmenge, die der große Platz kaum zu fassen vermochte. Durch die Darbietungen verschiedener Gesangvereine erhielt die Demonstration ihre besondere Weihe.

Der frühere Oberbürgermeister von Köln, Max Wallraf, der früher einmal den Posten eines preußischen Staatsministers des Innern bekleidete, hielt die Hauptrede.

Namens seiner rheinischen Brüder gab er das feierliche Versprechen, das Rheinland werde dem Reich ewig treu bleiben.

„Der Rhein wird ein deutscher Strom bleiben," rief er mit vor Erregung zitternder Stimme, „nie wird er zur bloßen Grenze des Reiches werden."

Diese Worte lösten einen Beifallssturm aus, der wieder und wieder zum blauen Sommerhimmel hinaufbrauste und erst nach geraumer Zeit sich zu legen vermochte. Und mächtig tönte es auf: „Es braust ein Ruf wie Donnerhall!" Die gewaltigen Akkorde des alten Rheinhüterliedes rissen alles mit sich fort. Mit dem Absingen von „Deutschland, Deutschland über alles" kam die gewaltige Demonstration, welche den Höhepunkt der Jahrtausendfeier der Rheinlande darstellte, zum Abschluß.

Ein Konflikt zwischen den Ver. Staaten und Mexiko

Scharfe Erklärungen von beiden Seiten

Der amerikanische Staatssekretär Kellog erklärte in einer, in diplomatischen Kreisen mit besonderer Aufmerksamkeit entgegengenommenen Aeußerung, daß die Vereinigten Staaten mit der Regierung von Mexiko nicht gänzlich zufrieden seien. Er sagte:

„Die Administration wird die Regierung von Mexiko nur so lange unterstützen, als sie amerikanisches Leben und amerikanische Rechte schützt und allen ihren internationalen Abmachungen und Verpflichtungen nachkommt. Unsere Beziehungen zu Mexiko sind freundliche, aber nichtsdestoweniger sind die Verhältnisse nicht gänzlich zufriedenstellend."

Weiterhin heißt es:

„Ein großer Teil amerikanischen Eigentums wurde unter den Bestimmungen des Bodenreformgesetzes oder in Verletzung von Bestimmungen desselben ohne Entschädigung beschlagnahmt, anderes Eigentum ruiniert und in einem Falle ein Besitztum von amerikanischen Bürgern wegen unvernünftiger Arbeiterforderungen beschlagnahmt.

„Ich habe in der Presse Berichte gelesen, daß in Mexiko wieder eine revolutionäre Bewegung bevorstehe. Ich hoffe zuversichtlich, daß das nicht wahr ist. Die Haltung der amerikanischen Regierung Mexiko und einer drohenden revolutionären Bewegung gegenüber würde im Jahre 1923 klar auseinandergesetzt, als die verfassungsmäßige Regierung jenes Landes, die mit dieser Regierung feierliche Verpflichtungen eingegangen war und den Versuch machte, diese Verpflichtungen zu erfüllen, von einer aufständischen Bewegung bedroht wurde. Die damals angenommene Haltung der amerikanischen Regierung wurde seither beachtet und es ist auch jetzt die Politik der Regierung, ihren Einfluß aufzuwenden, und die Stabilität und ein ordnungsmäßiges konstitutionelles Verfahren zu unterstützen, aber man sollte sich klar darüber sein, daß diese Regierung die Regierung von Mexiko nur solange unterstützen werde, als sie amerikanische Leben und amerikanische Rechte schützt und den internationalen Abmachungen und Verpflichtungen nachkommt."

* * *

In schlauer Weise hat der mexikanische Präsident Calles seinem Unwillen über die Erklärung des Staatssekretärs Kellogg, daß Mexiko in verschiedener Hinsicht seine Wege ändern sollte, Ausdruck gegeben. Indem Präsident Calles betont, daß seine Regierung sich zur Aufgabe gemacht habe, allen internationalen gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen, bemerkt er:

„Die Erklärung, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nur solange fortfahren werde, die Regierung Mexikos zu unterstützen, als diese das Leben und Eigentum und die Interessen der Amerikaner beschütze und ihre internationalen Abmachungen und Verpflichtungen erfülle, schließt eine Bedrohung der Souveränität Mexikos ein, die dieses nicht überleben kann und mit aller Energie zurückweisen muß. Mexiko gesteht keinem andern Land das Recht zu, sich in irgendeiner Form in seine inneren Angelegenheiten einzumischen, noch ist es geneigt, seine internationalen Beziehungen den Bedürfnissen eines andern Landes unterzuordnen. Wenn die Regierung von Mexiko, wie behauptet wird, jetzt vor der Welt auf die Probe gestellt ist, kann dasselbe auch von der Regierung der Vereinigten Staaten und anderer Länder gesagt werden; aber wenn man es so hinzustellen versucht, als ob Mexiko bei dieser Probe die Stelle eines Angeklagten einnehme, weist meine Regierung eine solche Andeutung, die ihrem Wesen nach eine Beleidigung sein würde, absolut und energisch zurück."

Die Durchführung der Bodenreformgesetze, bezw. die Anwendung der bezüglichen Bestimmungen kann nicht der Gegenstand einer Beschwerde bilden, da Mexiko die Gesetze in Ausübung seiner Souveränität erlassen und außerdem das Staatsdepartement sich namens der amerikanischen Bürger mit der in den mexikanischen Gesetzen vorgesehenen Entschädigung einverstanden erklärt hat.

Es ist bedauerlich, daß die Erklärung des Staatssekretärs Kellogg solche Widersprüche enthält, wie den, daß die Ver. Staaten das größte Interesse an der Aufrechterhaltung der Ordnung in Mexiko und an der Stabilität seiner Regierung haben, während gleich darauf erklärt wird, daß es Nachrichten über eine revolutionäre Bewegung im Lande gelesen habe. Diese letztere Behauptung ist geeignet, die Welt über die Verhältnisse meines Landes zu beunruhigen!

Schließlich erkläre ich, daß meine Regierung, der ihr durch das Völkerrecht auferlegten Verpflichtungen bewußt, entschlossen ist, sie zu erfüllen und daher das Leben und die Interessen der Ausländer zu schützen, und daß sie die Hilfe und Unterstützung aller anderen Länder, gestützt auf ein aufrichtiges und loyales Zusammenwirken und den unveränderlichen Regeln internationaler Freundschaft gemäß sucht und zu erhalten hofft. Aber in keiner Weise wird meine Regierung gestatten, daß eine Regierung irgend eines anderen Landes den Anspruch mache, für ihre Staatsangehörigen in Mexiko einen privilegierten Status zu schaffen; auch wird meine Regierung keine ausländische Einmischung, die den Rechten der Souveränität Mexikos zuwiderlaufen würde, zugeben."

Weltumschau

Der französische Botschafter für Deutschland, De Margerie, überreichte dem Außenminister Dr. Stresemann die Antwort Frankreichs auf den von der deutschen Regierung gemachten Vorschlag eines westeuropäischen Sicherheitspaktes. Der französischen Note, die mit Zustimmung Deutschlands am nächsten Donnerstag veröffentlicht werden soll, liegen die zwischen Frankreich und England vereinbarten Bedingungen zugrunde.

Die auf einen Sicherheits-Pakt in Europa abzielenden Unterhandlungen, wie sie augenblicklich zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Gange sind, „scheinen wie unbestätigende u. unsichere Schritte" gegen das Ideal europäischen Friedens, erklärt der deutsche Reichskanzler Dr. Hans Luther in einem veröffentlichten Artikel in „Foreign Affairs", dem internationaler Politik gewidmeten Magazin.

Der Artikel war nach Erwählung Feldmarschall von Hindenburgs zum Reichspräsidenten geschrieben und wird als Spiegelbild der Ansichten der augenblicklichen deutschen Regierung betrachtet.

„Soweit", schreibt der deutsche Reichskanzler, „hat die Formel allgemeiner Abrüstung unter dem Vertrag von Versailles nicht zur Pazifizierung Europas geführt, sondern eher nach der entgegengesetzten Richtung."

Praktisch müsse ein fundamentales Friedens-Verlangen offensichtlich sein, „deshalb ist es nicht ein Gegenstand rein europäischer innerer Politik, sondern eine Angelegenheit, die unzertrennlich verknüpft ist mit den großen Ideen von Weltwirtschaft, ob denen das auf dem Dawes-Plan aufgebaute Londoner Abkommen solch großen Anteil hat, daß nun eine weitere Formel gefunden werden sollte, um politische Ruhe in Europa herzustellen."

„Die Frage eines Sicherheits-Paktes zwischen Deutschland und anderen Nationen mit rheinischen Interessen verdient die größte Aufmerksamkeit," sagt der Kanzler. „Was hauptsächlich zu wünschen ist, nicht weniger im Interesse Europas als im Interesse Amerikas, ist, daß alles menschlich mögliche getan werden sollte, um zu verhüten, daß Europa auf dem Wege zur Erreichung einer Entscheidung seine Zuflucht zu den Waffen nehmen sollte."

Europa, fährt Dr. Luther fort, hat besonderen Beistand von „dem großen Plan wirtschaftlichen Aufbaus erhalten, der unter der Leitung des augenblicklichen amerikanischen Vize-Präsidenten, General Dawes, seinen Ursprung hatte. Ich gestatte mir die endgültige Hoffnung, daß auf der Grundlage des Dawes Plans als Gegenstand reiner Volkswirtschaft sich die Möglichkeit entwickeln würde, daß Deutschland und später ganz Europa wieder am Leben der Welt teilnehmen können."

Kanzler Luther sagt, daß das Weltgericht ein besonders wertvoller Beitrag des Völkerbundes ist, „das eines Tages dazu bestimmt sein mag, das schöne Ideal einer friedlichen Beilegung der Staaten-Konflikte allgemein zu verwirklichen."

Der Einmarsch in die Ruhr, schreibt der Kanzler, ist „ungesetzlich" und „ein Ausdruck der Geistesverfassung, der sich daraus ergibt, daß man keinen Gegner hat. Die Geistesverfassung, die noch in vielen Köpfen in Frankreich vorhanden ist und die in der Praxis nicht zur Beschränkung der Rüstungen, sondern vielmehr zu deren Erhöhung führt, ist mit Vorstellung angeblicher Gefahr von Deutschland gepaart. Diese Vorstellungen sind unbegreiflich."

Bevor die deutsche Regierung die militärischen Klauseln der Abrüstungsnote der Alliierten beantwortet, wird darum erbeten werden, daß deutsche Vertreter am Beratungstisch mit der interalliierten Militärkontrolle-Kommission die ganze Frage besprechen sollen. Die Besprechungen mit der Kontrollkommission werden drei Dinge behandeln: — Erstens. — Bezüglich gewisser Punkte in der Note wird Deutschland ohne Zaudern zusagen, daß die zur Last gelegten Verfehlungen abgestellt werden sollen. Zweitens. — Betreffs anderer Punkte wird um weitere Klarlegung und um Gründe für die Forderungen ersucht werden.

Drittens. — Was noch andere Punkte anbetrifft, wird Deutschland einfach erklären, daß die Forderungen der Alliierten den Bedingungen des Versailler Vertrages widersprechen und darum ihre Befolgung unnötig sei.

Zur Erledigung der Frage angeblicher halbmilitärischer Organisationen plant die Regierung die Einrichtung einer allgemeinen Gesetzvorlage im Reichstag, wonach alle Organisationen, deren Ziele als militärische sich auslegen ließen, verboten werden sollen. Indessen wird von der Regierung eingesehen, daß es schwierig sein dürfte, genau zu bestimmen, was eine verbotene Organisation wäre. Sie wird an die Alliierten zum Beispiel die Frage richten, ob der republikanische „Reichsbanner"-Verband auch eine Organisation sei, die als eine halbmilitärische zu betrachten sei.

Obwohl die militärischen Klauseln der Alliierten-Note in deutschen amtlichen Kreisen schon Bedenken verursachen, ist es doch zweifellos, daß die Regierungsbehörden, sogar die, welche mit dem militärischen Flügel der Regierung in enger Beziehung stehen, weit mehr besorgt sind über die wirtschaftlichen und industriellen Klauseln der Note, wie die Forderung, daß gewisse Anlagen der Kruppwerke und andere Industriebetriebe zerstört werden sollen, weil sie möglicherweise militärischen Zwecken dienen könnten, obwohl sie derzeit für friedliche Erzeugnisse eingerichtet sind.

Oesterreich.

Die Amerikaner österreichischer Abstammung und die Freunde Oesterreichs in den Vereinigten Staaten sehen sich einer neuen Aufgabe gegenüber. Sie haben ihr bestes getan, um in der Zeit der größten Not österreichische Kinder und österreichische Erwerbslose vor dem Hungertode zu bewahren, und haben mit größter Opferwilligkeit mit dazu beigetragen, daß eine Ernährungskatastrophe abgewandt wurde. Diese furchtbare Periode der Leidensgeschichte Oesterreichs ist vorüber. Die neue demokratische Republik ist jetzt im Stande, für ihre Bevölkerung, ohne Mithilfe des Auslandes, zu sorgen. Was sie aber nicht vermag, ist die Gewährung einer genügenden Beisteuer aus eigenen Mitteln zur Erstarkung der österreichischen Wirtschaft. Um produktive Erfolge zu erzielen, muß dieselbe auf die Erschließung neuer Märkte bedacht sein, da ihr durch Zollschranken schwer zu überwindender Art ihr früheres Hauptabsatzgebiet, die jetzigen Nachfolgestaaten, verschlossen ist. Es muß der österreichischen Industrie sehr viel daran gelegen sein, eine größere Kundschaft in den Vereinigten Staaten zu erwerben. Dazu bietet sich ihr in der im nächsten Jahre in Philadelphia stattfindenden Weltausstellung anläßlich des Anderthalb Jahrhundert Jubiläums des Erlasses der amerikanischen Unabhängigkeit eine glänzende Gelegenheit, aber es fehlt der Wiener Regierung an den nötigen Mitteln, um einen Pavillon dafür zu erbauen. Hier ist es, wo die Oesterreichisch-Amerikaner und die Freunde Oesterreichs helfen können. Sie sollten durch Veranstaltung einer Sammlung im ganzen Lande die zur Errichtung eines österreichischen Pavillons nötigen Fonds aufbringen. Die Summe wäre keine unerschwingliche hohe. Fünfzig bis sechzigtausend Dollar würden genügen, um ein Heim für österreichische Ausstellungsgegenstände zu errichten.

Frankreich

Das Ministerium billigte Premier Painleve's Pläne zu einer schnellen Beendigung des Rifkrieges in Marokko. Französische Kriegsschiffe sind vor der Rifküste stationiert. Wenige Minuten vor der Kabinettssitzung traf Painleve im Flugzeug aus Marokko ein, wo er die französische Front besichtigt hatte.

Die Abgeordnetenkammer drückte der Regierung des Ministerpräsidenten Painleve bezüglich der Marokko-Politik mit 436 gegen 34 Stimmen das Vertrauen aus. Dem Antrag hatten nur die Kommunisten opponiert.

Auf die Interpellation einer kommunistischen Abgeordneten, der von der Regierung eine eingehende Darlegung der Sachlage in Marokko gefordert hatte, erwiderte Premier Painleve, daß er bereit sei, dem zuständigen Kammerkomitee ausführliche Informationen zu geben, es aber, mit Rücksicht darauf, daß die marokkanische Frage von nationaler Bedeutung sei, ablehnen müsse, der Erörterung der Debatte hierüber seine Zustimmung zu geben. Jedenfalls müßte er hierzu erst die Bewilligung der parlamentarischen Komitees über Kriegs- und auswärtige Angelegenheiten einholen.

Ueber die von der Regierung geplanten militärischen Maßnahme wurde nichts bekanntgegeben. Der Premier soll in der Sitzung des Ministerrates erklärt haben, daß die Zusammenwirkung Spaniens mit Frankreich gegen die Streitkräfte Abd el Krims bereits begonnen habe und die Blockade der Küste Marokkos zwecks Verhinderung von Waffensendungen an die Rifleute wirksam sei. Der Premier sagte, daß weder Frankreich noch Spanien in Marokko imperialistische Ziele verfolgten und daß beide Mächte der Meinung waren, der Friede werde in dem Augenblick hergestellt werden, wenn die Rifleute die Souveränität des Sultans Mulai Jussef anerkennen.

Finanzminister Caillaux deutete den Mitgliedern der Finanzkommission der Kammer an, daß er sein Amt niederlegen würde, wenn das französische Parlament das von ihm vorgelegte Budget nicht vor Ende Juni annehmen und ein Steuergesetz bewilligen sollte, das der Regierung Einnahmen von drei Milliarden Franc außer Mr in dem bestehenden Steuergesetz vorgesehenen Angaben sichern würde. Er teilte dem Komitee mit, daß das Parlament sich vor der Erledigung der von ihm geforderten Maßnahmen nicht vertagen könne. Frankreich brauche neue Einnahmen von über einer Milliarde Franc, um das Budget ins Gleichgewicht zu bringen. Dieser Betrag soll durch Besteuerung der Landwirtschaft aufgebracht werden.

Dem Außenamt ging die Aeußerung der italienischen Regierung zu der französischen Note zu mit der Deutschlands Vorschlag eines westeuropäischen Sicherheitspaktes beantwortet wurde. Die Note war der italienischen Regierung unterbreitet worden und hat im allgemeinen deren Billigung gefunden. Italien drückt mit den allgemeinen Grundsätzen des vorgeschlagenen Paktes seine Sympathie aus, bemerkt aber, daß es die Unterhandlungen vorläufig nur als eine Fühlungnahme auffasse und sich daher nicht berufen fühle, die Ansicht der italienischen Regierung über alle Punkte des Sicherheitspaktes klar darzulegen. Wenn die Zeit für die Entscheidung gekommen sein werde, werde Italien seinen Standpunkt mitteilen. Das französische Außenamt sieht diese Antwort Italiens als eine Billigung des Wortlautes der heute an Deutschland übermittelten Note an.

Großbritannien.

Die Regierungen der britischen Dominionen sind über alle Entwicklungen der Sicherheitspakt-Verhandlungen unterrichtet worden, erklärte Premier Baldwin im Unterhaus auf eine diesbezügliche Frage.

Befragt, ob der canadische Premier Mackenzie King nicht kürzlich über die Haltung der canadischen Regierung dem vorgeschlagenen Pakt gegenüber eine Erklärung abgegeben habe, sagte Herr Baldwin, ihm habe eine solche Erklärung nicht vorgelegen und wiederholte dann, Canada sei bezüglich der Verhandlungen vollständig auf dem Laufenden gehalten worden.

Weiter sagte dann der Premier, er könne nicht genau sagen, ob die Zustimmung der britischen Dominionen erforderlich sei, um einen solchen Pakt bindend zu machen.

Belgien.

Alle Schmelzöfen im Charleroi Distrikt wurden ausgelöscht, nachdem die Arbeiter sich geweigert hatten, eine Lohnreduktion anzunehmen und unter den Eisenarbeitern droht aus einem ähnlichen Grunde ein Streik auszubrechen. Die Kohlenindustrie scheint ebenfalls bald in Lohnstreitigkeiten verwickelt zu werden.

Bulgarien.

Der mazedonische Revolutionsführer Pancho Mikhailow wurde in Sofia auf der Straße ermordet. Der Täter entkam, doch glaubt die Polizei eine Spur von ihm zu haben. Nach späteren Meldungen soll der Attentäter in Haft genommen worden sein.

In den bulgarischen Gefängnissen warten immer noch 3194 Personen auf ihre Aburteilung wegen Anklagen, die in Verbindung mit den kommunistischen Unruhen in Bulgarien gegen sie erhoben wurden. Die Kriegsgerichte werden vermehrt, um die Fälle rasch erledigen zu können.

Rußland

In Groß-Ustjrieg im früheren Gouvernement Wologda wurde der Versuch gemacht, den Präsidenten des Exekutiv-Komitees der Provinz der nördlichen Dwina, Massendin, zu ermorden. Dieser erhielt eine tiefe Schnittwunde an der rechten Schulter. Sein Angreifer, dessen Identität noch nicht ermittelt ist, befindet sich in Haft. Massendin ist auch Mitglied des zentralen Exekutivkomitees der Sowjetunion.

Frau Maruscha Trenke, die Gattin eines russischen Obersten, ist als Haupt einer notorischen Gruppe von Anti-Sowjet „Banditen", die in der Ukraine über zwei Jahre lang ihr Unwesen trieben, in Kiew zum Tode verurteilt worden. Sieben Mitglieder ihrer Räuberbande wurden ebenfalls zum Tode durch Erschießen verurteilt und 13 andere erhielten lange Zuchthausstrafen. In der Anklage gegen Frau Trenko hieß es, daß sie persönlich Angriffe gegen Sowjet-Fabriken und andere Institute geleitet und dabei die kommunistischen Angestellten getötet und beraubt habe, sowie Mitglieder der Tscheka, d. h. der politischen Polizei, ermordet habe. Ihr Gatte, der eine andere Anti-Sowjet-Bande führte, die, wie angenommen wird, in Verbindung mit dem ukrainischen Kommandeur Petlura unter dem Befehl des polnischen Generalstabs stand, flüchtete vor einiger Zeit nach Polen.

Die Bolschewikiregierung ladet amerikanische Unternehmer zum Wiederaufbau zerstörter oder beschädigter Gebäude in Moskau ein. Als Entschädigung für die Arbeit wird den Amerikanern der Besitz der wiederhergestellten Gebäude für Zwecke der Vermietung gewährt. Die Zeit geht von 10 bis 40 Jahren. Am Ende dieses Zeitabschnittes gehen die Gebäude in das Eigentum des Staates über. Die Sowjetregierung hat augenblicklich keine Mittel zum Bau neuer Wohnhäuser, Bürogebäude und anderer Bauten. Sie verfiel daher auf den Ausweg, daß Ausländer oder Russen mit den nötigen Mitteln ruinierte oder teilweise beschädigte Gebäude für Zwecke des Wiederaufbaues übernehmen. Sie werden völlig auf Kosten des Unternehmers erneuert. Seine einzige Vergütung ist das Recht der Vermietung.

China.

Nach einer Massenversammlung in Peking, die die größte Kundgebung der Chinesen der Hauptstadt seit dem Ausbruch der gegenwärtigen Unruhen darstellte, begab sich eine aus chinesischen Studenten, Kaufleuten, Geschäftsinhabern und Arbeitern bestehende Abordnung nach dem Außenamt und forderte die Zentralregierung auf, die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien sofort zu lösen und den Militärgouverneur von Honkau anzuweisen, das Eigentum des dortigen britischen Konzessionsgebietes in Besitz zu nehmen.

Da das diplomatische Korps Gewalttaten befürchtet, wurden an den Grenzen des Gesandtschaftsviertels Maschinengewehre aufgestellt und Vorbereitungen getroffen, um Notfall Drahtverhaue zu errichten. Alle Wachen der Gesandtschaften werden in ihren Quartieren in Bereitschaft gehalten.

Der erlassene Streikbefehl wurde zurückgezogen. An die Massenversammlung, in der viele aufreizende Reden gehalten wurden, schloß sich ein Umzug einer großen Menschenmenge durch die Hauptstraßen Pekings an. Die Ordnung wurde in keinem Teil der Stadt gestört.

Verhandlungen zwischen dem diplomatischen Korps in Peking und chinesischen Vertretern, um eine Beilegung der Unruhen zu versuchen, wurden wegen Meinungsverschiedenheiten abgebrochen.

Siebenhundert unbewaffnete Soldaten, unbewaffnet und von ihren fliehenden Kameraden verlassen, wurden in Honkong nach Schätzungen durch Cantonesen ermordet. Viele wurden totgeschlagen und gesteinigt. 24 Stunden lang wandte sich der Pöbelwut der Cantonesen gegen die früheren Eroberer der Stadt. Es kamen entsetzliche Greuel vor, die vielleicht alle früher an den Chinesen verübten Grausamkeiten übertreffen. Ein Mann wurde gekreuzigt. In einer Straße allein lagen 100 Leichen von Chinesen. In der ganzen Stadt kamen der Schätzung nach 700 um.

Mexiko

Depeschen aus Vera Cruz melden, daß hundert Personen ertrunken sind und viele Wohnungen in der Umgebung des Pitumus zerstört wurden, nachdem der Tehuantepec und der Perros Fluß aus ihren Ufern getreten sind. Beträchtlicher Schaden wurde über ein großes Gebiet in den Staaten Caraca und Vera Cruz verursacht. Das Wasser riß ganze Familien, deren Vieh und andere Habe mit sich, große Bäume wurden entwurzelt, Häuser zerstört und die Ernte vernichtet. San Blas, eine Vorstadt von Tehuantepec soll beinahe gänzlich zerstört sein. Spezialdepeschen aus Juchitan, nahe dem Golf von Tehuantepec melden, daß das Wasser 6 Fuß über den normalen Stand stieg und immer noch steigt. Infolge weggeschwemmter Brücken und ausgespülter Eisenbahngeleise ist der Bahnverkehr unterbrochen.

Ver. Staaten

Die Einwanderungs-Quoten aus allen Ländern für das kommende Fiskaljahr bleiben die gleichen, wie sich durch das Einwanderungsgesetz im Jahre 1924 festgelegt wurden. Das Staats-Departement hat mitgeteilt, daß sich seit dem 30. Juni vorigen Jahres keine territorialen oder andere Veränderungen ereignet hätten, die solcher Art gewesen wären, daß eine Modifizierung der Einwanderungs-Quoten notwendig sein würde.

Die deutsche Delegation zu der Jahrestagung des Internationalen Verbands der Volksvertretungen, welche im Oktober in Washington stattfindet, wird, wie Reichstagspräsident Written von Illinois, der dem Verbandsvorstand angehört, heute dem Präsidenten Coolidge mitteilte, aus dreißig Reichstagsabgeordneten, mit dem früheren Reichskanzler Wirth an der Spitze, bestehen. Britten schifft sich am Samstag nach Europa ein, um die letzten Vorbereitungen für die Tagung des Verbands zu treffen.

— Auch der Völkerfriede wird kein Geschenk des Himmels sein. Er wird durch eine strenge Erziehung der kommenden Generationen zu diesem Ziel erworben werden müssen.

— Kultur und Friede sind zwei Begriffe, die zusammengehören. Sollte Europa nicht imstande sein, sich einen dauernden Frieden zu schaffen; so wäre damit über den inneren Wert unserer Kultur das Urteil gesprochen.